

Sozialberichterstattung unter dem Leitbild sozialer Stadtentwicklung – Erfahrungen aus Leipzig

Dieter Rink

1. Einleitung: Die Transformation in Ostdeutschland als Herausforderung für die Sozialberichterstattung

Die deutsche Vereinigung und die anschließende Transformation in Ostdeutschland führte zu einer historisch wohl beispiellosen Situation: innerhalb kurzer Zeit änderten sich praktisch alle relevanten Parameter in der Entwicklung von Städten und Regionen (vgl. Friedrichs u. Häußermann 2001).

In wirtschaftlicher Hinsicht vollzog sich eine bis dahin beispiellose Deindustrialisierung der ostdeutschen Wirtschaft, die je nach Region zwischen 80 und 90% lag. Eine der sozialen Folgen ist die seitdem anhaltende dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit, wobei umfangreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ein Arbeitsplatzdefizit von 30-40% verdecken. Die gleichzeitige Ausweitung des Dienstleistungssektors konnte den Verlust von Arbeitsplätzen im sekundären Sektor bei weitem nicht kompensieren, sie ist zudem weitgehend von Transfers abhängig und umfasst nur wenig produktionsorientierte Dienstleistungen.

In städtebaulich-räumlicher Hinsicht bewirkte die Deindustrialisierung ein teilweise großflächiges Brachfallen innerstädtischer Gewerbegebiete, z.T. mit ökologischen Altlasten. Zugleich wurde durch die Wiedervereinigung ein Bauboom ausgelöst, der eine enorme Suburbanisierung von großflächigem Handel und Gewerbe sowie der Bevölkerung bewirkte. Beides hatte bedeutende Funktionsverluste und Verödungstendenzen in den Innenstädten zur Folge, die bislang von Sanierungen und Revitalisierungsversuchen nicht aufgefangen werden konnten.

Die "demografische Revolution" führte Anfang der 1990er Jahren insbesondere mit dem jähen Fall der Geburtenrate, aber auch mit dem Wandel des Heirats- und Scheidungsverhaltens zu gravierenden langfristigen Folgen für die Bevölkerungszahl und -struktur sowie für die Infrastruktur. Sie beschleunigte zusätzlich den durch die Westwanderung und die Suburbanisierung ohnehin hohen Bevölkerungsschwund vor allem in den Kernstädten.

Außerdem entstanden im Gefolge der Wiedervereinigung in der Gemengelage zwischen selektiven Abwanderungen, relativem Wohlstandswachstum und den Umwälzungen im Erwerbssystem neue soziale Ungleichheiten. Anfang der 1990er Jahre löste die Deindustrialisierung eine strukturelle Abwärtsmobilität vieler Erwerbstätiger trotz gegenläufiger Angleichungen bei den Löhnen und Gehältern aus. Insbesondere seit der Stagnation der Einkommen und der Ausbreitung von Langzeitarbeitslosigkeit seit Mitte der 1990er Jahre lässt sich das Aufkommen einer neuen Armut beobachten, die Ende der 1990er Jahre den westdeutschen Stand erreichte (vgl. Lutz u. Zeng 1998; Winkler 1999, S. 188). Hinzu kommen soziokulturelle Differenzierungen wie die Individualisierung und die Pluralisierung von Lebensstilen, welche sich sichtbar in der Differenzierung der ostdeutschen Milieustruktur niederschlagen (vgl. Müller u.a. 1997).

Die Sanierung der teilweise immensen Altbaubestände ist mittlerweile in den meisten Städten weit vorangeschritten, in Leipzig etwa geht man von einem Stand von ca. 75% aus (vgl. Stadt Leipzig 2000a, S. 26). Dennoch gibt es weiterhin Leerstände in unsanierten Häusern und Wohnungen, seit 1997 sogar wachsende Leerstände in sanierten bzw. neu errichteten Beständen sowie in den Großneubaugebieten (der sogenannten "Platte"). Die Leerstände haben ihre Ursachen im natürlichen Bevölkerungsrückgang und in der Suburbanisierung sowie in der Migration, die eng mit der Lage auf dem Arbeitsmarkt verknüpft ist.

Überblickt man die einzelnen Prozesse in den 1990er Jahren, so wird einerseits ein rascher Wandel der Problemlagen deutlich, der prononciert in der Umkehrung der eklatanten Wohnungsnot Anfang der 1990er Jahre in das gegenwärtig z.T. immense Überangebot auf dem Wohnungsmarkt in Erscheinung tritt. Andererseits gibt es auch persistente Problemlagen, wie etwa den weiteren Verfall von Altbaubeständen trotz massiver Sanierungen. Entgegen vieler Prognosen von einer nachholenden Modernisierung nach westdeutschem Vorbild sind – trotz vieler erkennbarer Angleichungstendenzen – andere Abläufe und Muster erkennbar (vgl. Hannemann u.a. 2002).

Die entsprechende stadtsoziologische Forschung wie auch die kommunale Berichterstattung konnte mit dem Tempo der Veränderungen und den wechselnden Problemlagen nicht annähernd Schritt halten. Das hat seine Ursachen in der unzureichenden Datenlage, im Fehlen des know hows sowie einer breiten stadtsoziologischen Forschung. Die Kommunen verfügten vor 1989 teilweise über eigene statistische Ämter, die Einwohnermelderegister beinhalteten Haushaltsdaten, die Aussagen auf Block- und Hausebene zuließen. Diese mussten 1990 aus Datenschutzgründen geschlossen werden. Mit dem systematischen Aufbau von Kommunalstatistiken wurde praktisch von Neuem begonnen. Daher liegen für die Zeit vor 1990 kaum kleinräumliche Daten vor, es können weder Vergleiche angestellt noch Zeitreihen fortgeschrieben werden. In einigen Bereichen – wie der Erfassung der Umweltsituation, der Kartierung der Flächennutzung u.a. – wurde überhaupt erst nach 1990 eine systematische Bestandsaufnahme vorgenommen. Politisch z.T. weitreichende Entscheidungen mussten so häufig ohne analytische Fundierung und Folgenabschätzung getroffen werden. Seit Mitte der 1990er Jahre verstärken sich die Bestrebungen, insbesondere im Hinblick auf eine Fundierung kommunaler Sozialpolitik umfassend die Veränderung sozialer Lagen zu erfassen und zu analysieren.

Im folgenden wird der Prozeß des Aufbaus der Sozialberichterstattung in Leipzig untersucht. Zunächst sollen erste Bestandsaufnahmen der sozialen Situation vorgestellt werden, die in unterschiedlicher Weise als Vorarbeiten betrachtet werden können. Dies sind insbesondere Studien, die im Rahmen der stadtökologischen Forschungen am UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH entstanden: der Sozialatlas, Untersuchungen in einzelnen Leipziger Stadtteilen sowie eine Studie zur städtischen Armut in Leipzig. Im zweiten Teil wird auf die kommunale Sozialberichterstattung in Leipzig und ihre Einbettung in den Prozess sozialer Stadtentwicklung eingegangen. Dabei soll gefragt werden, welche

Anforderungen, Probleme und Chancen sich aus dem eingeleiteten Prozess einer sozialen Stadtentwicklung für die kommunale Sozialberichterstattung ergeben?

2. Zum Aufbau einer Sozialberichterstattung im Rahmen stadtökologischer Forschungen am UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH

Am UFZ wurde praktisch vom Beginn seiner Existenz im Dezember 1991 daran gearbeitet, raum- bzw. landschaftsbezogene Forschungen im natur- und sozialwissenschaftlichen Bereich zusammenzuführen. Das Leitbild der Nachhaltigkeit mit seiner Orientierung auf eine umwelt- und sozialverträgliche Entwicklung war dabei der gemeinsame Bezugspunkt. Zentraler Gegenstand in den „Gründerjahren“ war der ökologische Strukturwandel im Zuge der Transformation. Daraus wurden genuin sozialwissenschaftliche Fragestellungen abgeleitet: Wie wirkt der ökologische Strukturwandel auf die sozialräumliche Struktur? Welche sozialen Gruppen profitieren davon und welche sind möglicherweise von neuen Belastungen betroffen? Die Umweltbedingungen wurden als Teil der Lebenslage aufgefasst und im Hinblick auf andere Bereiche - wie Wohnen oder Gesundheit bzw. das subjektive Wohlbefinden thematisiert. Gemeinsame Bezugsebene für die natur- und sozialwissenschaftliche Umweltforschung bilden die Strukturtypen der Flächennutzung.

2.1 Der Sozialatlas der Stadt Leipzig

Der Sozialatlas der Stadt Leipzig entstand am UFZ im Rahmen des Verbundprojekts „Stadtökologischer Strukturwandel der Stadt Leipzig“ in den Jahren 1994 bis 1996. Das Ziel des Sozialatlas war die raumbezogene Erfassung, kartographische Darstellung und Bewertung der sozialräumlichen und stadtstrukturellen Folgen der Transformation. Den Schwerpunkt der Untersuchungen bildete die Analyse der sozialräumlichen Differenzierungen, wobei hier neben ausgewählten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Faktoren auch die Flächennutzungsstruktur, bauliche, umweltrelevante sowie infrastrukturelle Merkmale einbezogen wurden. Mit Hilfe der GIS-Software Arc/Info wurden fünf Themenkomplexe kartographisch dargestellt: die soziodemographische Struktur, die Wohnungsstruktur, die soziale Infrastruktur, die Wählerstruktur und die Struktur der Flächennutzung. Auf der Grundlage der Karten und Daten sowie einer Begehung aller Ortsteile wurde eine sozialräumliche Typisierung durchgeführt, wobei 9 Typen sozialer Räume differenziert und kartographisch dargestellt werden konnten. Damit ist eine Grundlage für künftige Analysen und kartographische Darstellungen von Veränderungen geschaffen.

Der Sozialatlas stellt im wesentlichen eine Erfassung des Ist-Zustandes am Beginn der 1990er Jahre, also noch vor Beginn größerer sozialräumlicher Veränderungen, dar. Dennoch zeigt sich, dass entgegen dem verbreiteten Bild einer gemischten Bewohnerstruktur in ostdeutschen Städten, es Formen sozialräumlicher Differenzierungen gibt, d.h. dass sich bestimmte Bevölkerungsgruppen in bestimmten städtischen Räumen konzentrieren. Im Ergebnis konnten sozialräumliche Differenzierungsprozesse identifiziert, aber keine ausgeprägte Segregation der

Bevölkerung festgestellt werden (vgl. Rink u. Kabisch 1997)¹. Andere inzwischen vorgelegte empirische Untersuchungen haben diese Ergebnisse im wesentlichen bestätigt. So stellen etwa Harth u.a. im Ergebnis einer Befragung Magdeburger Haushalte fest, dass die sozialstrukturellen Umschichtungen „bislang noch nicht zu einer Spaltung ostdeutscher Städte in Wohngebiete für Arme und Wohngebiete für Reiche geführt“ hätten. In ostdeutschen Städten sei daher die Segregation zur Zeit wenig ausgeprägt (Harth u.a. 1999, S. 41; vgl. Franz 2000, S. 170).

Der Sozialatlas lässt sich als klassische Sozialraumanalyse charakterisieren, da er im wesentlichen auf der Auswertung von kleinräumigen Daten beruht. Durch die Breite des Zugangs und die Fundierung in der Sozialstrukturanalyse enthält er aber auch Elemente eines Sozialstrukturberichts (zur Unterscheidung vgl. Bartelheimer 2001, S. 32 f.). Neben den analytischen Interessen bestand das Ziel darüber hinaus in der Information der Öffentlichkeit und der Unterstützung der städtischen Verwaltung und Planung. Dies ließ sich auch umsetzen, die im Sozialatlas entwickelte sozialräumliche Typisierung wurde in Leipzig später im Lebenslagenreport (Stadt Leipzig 1999, S. 343 ff.; siehe unten) sowie im Kinder- und Familienbericht (Stadt Leipzig 2000, S. 93 ff.) verwendet und bei der Jugendhilfe- sowie Schulnetzplanung herangezogen. Außerdem basiert der Sozial-Atlas von Halle (Saale) auf der theoretisch-konzeptionellen Basis des Leipziger Sozialatlas (Stadt Halle 2000).

Der Sozialatlas war darüber hinaus in heuristischer Hinsicht für die weitere Forschung fruchtbar, er diente der Entwicklung von Hypothesen und Prognosen zu einzelnen sozialräumlichen Differenzierungsprozessen sowie zur Generierung von Fragestellungen (vgl. Kabisch 2000). Er erbrachte Hinweise für die Identifizierung von möglichen sozialen Brennpunkten, die sich bereits Mitte der 1990er Jahre in den hochverdichteten Teilen der Großneubaugebiete sowie in Teilen der gründerzeitlichen Arbeiterviertel abzeichneten. Im Hinblick auf den Einfluss ökologischer Faktoren war kein klares Muster erkennbar.

2.2 Kleinräumige Untersuchungen in Leipziger Stadtteilen

Im Sozialatlas wurden im wesentlichen Daten auf Ortsteilbasis ausgewertet, deren Mangel in ihrem relativ großräumigen Zuschnitt liegt. Damit waren aber gerade für die baulich und sozial gemischten Innenstadtquartiere und die dort ablaufenden kleinräumigen Differenzierungsprozesse kaum Aussagen möglich. Fußend auf der im Sozialatlas entwickelten Typologie (Rink u. Kabisch 1997, S. 64 ff.) wurden deshalb in den letzten Jahren kleinräumige Untersuchungen in Leipziger Stadtteilen durchgeführt, die sich dieser Zielstellung widmeten und der Frage nachgingen, ob sich deutliche Zusammenhänge zwischen der Bau- und Sozialstruktur nachweisen lassen. Die kleinräumigen Untersuchungen in den Leipziger Stadtteilen Stötteritz (vgl. Kabisch u. Bamberg 1998) sowie Connewitz und Eutritzsches sollten die großräumigen Typen aus dem Sozialatlas durch kleinräumige spezifizieren.

¹ Karin Wiest geht demgegenüber weiterhin von „anhaltenden und sich verstärkenden Segregationserscheinungen“ aus, ohne dies allerdings überzeugend zu belegen (Wiest 2001, S. 16).

Der Vergleich der Baustrukturtypen zeigt, dass die Plattenbauten der 1980er Jahre und die Neubauten der 1990er Jahre sozial am homogensten sind. Die größte soziale Mischung findet sich in den Gründerzeitquartieren, die 1920er Jahre-Bauten liegen in ihren Werten zwischen Gründerzeit- und Plattenbauten. Die Daten verdeutlichen, daß sich die sozialräumlichen Differenzierungsprozesse insbesondere in den Gründerzeitquartieren umgekehrt haben und deswegen hier keine ausgeprägten Segregationsprozesse zu beobachten sind. Umgekehrt unterliegen die Plattenbauten einem erkennbaren Abwertungsprozess. Persistenzen zeigen sich dagegen in den Genossenschaftsbauten der 1920er und 1930er Jahre und in den DDR-Neubauten der 1950er und 1960er Jahre (vgl. Kabisch u. Bamberg 1998). Die Neubauten der 1990er Jahre sind demgegenüber von Anfang an von einer statushohen Bewohnerschaft geprägt.

Die Zusammenhänge zwischen bestimmten sozialen Gruppen und Baustrukturtypen prägen sich zwar aus, bei einem Nebeneinander bzw. einer Durchmischung unterschiedlicher Baustrukturtypen – bzw. bei zwar deutlicher abgrenzbaren, aber nicht großflächigen Baustrukturtypen findet man noch eine soziale Mischung. Die Befunde stehen im Einklang mit den Segregationsstudien der letzten Jahre (s.o.) und mit den bereits im Sozialatlas getroffenen Annahmen. Dort wurde anknüpfend an die These von der Überlagerung von historisch aufeinanderfolgenden Segregationsmustern davon ausgegangen, dass eine historisch neue Sozialstruktur erst mit zeitlichem Verzögerungseffekt ihren räumlichen Niederschlag findet. Die räumlichen Auswirkungen des sozialstrukturellen Umbruchs Anfang der 1990er Jahre sind erst seit einigen Jahren zu erkennen, mit der vollen Ausprägung eines neuen Musters ist in den nächsten Jahrzehnten zu rechnen (Rink 1997, S. 46).

Hinsichtlich künftiger sozialräumlicher Differenzierungsprozesse sind zwei Faktoren zu diskutieren, die zu möglicherweise einschneidenden Veränderungen führen könnten: die anhaltend hohe Umzugsmobilität und die Zunahme des Leerstands von Wohnungen. Dadurch sind die Mietpreise seit einigen Jahren deutlich in fast allen Lagen und Mietpreissegmenten gefallen (mit Ausnahme der DDR-Plattenbauten). Zudem ist seit etwa 1996/97 das Einkommenswachstum und damit auch eine entsprechende soziale Differenzierung in Ostdeutschland weitgehend zum Erliegen gekommen. Zwar wachsen dadurch die sozialen Unterschiede langsamer, dafür prägen sich aber Lageunterschiede zwischen den Stadtteilen und Quartieren rasch aus. Dadurch könnte sich die sozial selektive Mobilität beschleunigen und zur – möglicherweise raschen - Ausprägung von sozialräumlichen Differenzierungen beitragen. Indizien dafür sind insbesondere (rasche) Bevölkerungszu- bzw. abnahmen sowie Veränderungen der Infrastruktur (Rückgang des Handels, Schließung von Schulen und sozialen Einrichtungen u.ä.). Hier dürften sich in der Stadtstruktur angelegte Differenzierungsmerkmale mittelfristig (wieder) geltend machen: die Dichte der Bebauung, die Größe und Ausstattung der Wohnungen, Wohnumfeldmerkmale, die Infrastrukturausstattung sowie Umweltbelastungen (wie insbesondere Verkehrsemissionen). Es ist zwar unwahrscheinlich, dass derartige rasche Veränderungen komplette Stadtteile oder gar größere Stadträume betreffen, einzelne Blöcke, Straßenzüge oder Quartiere insbesondere in den gründerzeitlichen Arbeitervierteln sowie in den hoch

verdichteten Großneubauten der 1970er und 1980er Jahre könnten aber davon betroffen sein². Will man hier rechtzeitig gegensteuern, ist ein zeitnahes und kleinteiliges soziales Monitoring nötig.

2.3 Städtische Armut in Leipzig

Neben der kleinräumigen Untersetzung der Befunde des Sozialatlas sollte der Frage nach der Entstehung einer neuen Armut nachgegangen werden. Dazu wurde gemeinsam mit dem Zentrum für Arbeits- und Organisationsforschung (ZAROF) Leipzig das Projekt „Städtische Armut in Leipzig“ durchgeführt (zum folgenden vgl. Richter 2000). Die Darstellung der räumlichen Verteilung von Armut innerhalb der Stadt ist ein wesentlicher Bestandteil der Sozialberichterstattung und spielt eine prominente Rolle in der Diskussion um eine sozial- und umweltverträgliche Stadtentwicklung. Eine spezifische Frage für die Armutsforschung in den neuen Bundesländern ist die nach einer möglichen sozialräumlichen Kontinuität städtischer Armutszonen. So war das Projekt u.a. darauf gerichtet, inwieweit es eine räumliche Verteilung von Armut in der Stadt schon vor der Wende 1989 gegeben hat und somit Persistenzen von Armutslagen bzw. Armutszonen bestehen. Am Beispiel der Stadt Leipzig wurden Prozesse der Armutsentwicklung und gruppenspezifische Bewältigungsstrategien analysiert. Dazu wurden Fallstudien in vier unterschiedlichen Stadtteilen Leipzigs durchgeführt und im Ergebnis charakteristische Verläufe und fünf verschiedene Armutstypen unterschieden. Die Charakterisierung städtischer Armut erfolgt auf der Basis des Lebenslagenansatzes, der die Bereiche Wohnen, Gesundheit, Bildung, Freizeit, soziale Netze, Partizipation am kulturellen Leben sowie Nutzungsmöglichkeiten städtischer Einrichtungen verknüpft. Der Herausarbeitung der Rolle der Umweltbedingungen kam eine besondere Bedeutung zu. Die Fragestellung lautete, inwiefern benachteiligende Umweltbedingungen mit Benachteiligungen in anderen sozialen Lagen verbunden sind.

Es wurden folgende Armutstypen identifiziert (vgl. Richter 2000, S. 103 ff.):

- 1) *Insistierende Armut*: die Gruppe derjenigen, die bereits zu DDR-Zeiten im Bereich der Fürsorge waren, geringe Bildungsabschlüsse und kaum konstante Erwerbsbiographien hatten sowie Beeinträchtigungen unterschiedlicher Bereiche ihrer Lebenslagen, wie Einkommen, Gesundheit usw. aufweisen.
- 2) *temporär Einkommens'arme'*: die Gruppe der Studierenden und Auszubildenden im Alter zwischen 18 und 30 Jahren, für die diese einkommens'arme' Phase einen Übergang darstellt, die aber in allen anderen Bereichen ihrer Lebenslagen meist keinen Benachteiligungen unterliegen.
- 3) *Rentner mit teilweiser Altersarmut*: sie werden von der Gruppe der 'Neuen Armen' abgehoben, weil es erstens eine spezifische Altersarmut z.T. schon zu DDR-Zeiten gab („Mindestrente“), und zweitens, weil sich die Gruppe der Rentner in einer anderen Situation vor allem in bezug auf Erwerbsarbeit befindet.

² Diese Phänomene könnten aber auch infolge des unterschiedlichen Sanierungsstands und damit verbundener Leerstände über unterschiedliche Lagen „streuen“.

- 4) *'Neue Arme'*: die Gruppe derjenigen, die durch die gesellschaftlichen Veränderungen ihre – bis dahin kontinuierliche - Erwerbstätigkeit verloren und aufgrund unterschiedlicher Bedingungen bisher den Wiedereinstieg nicht geschafft haben bzw. absehbar auch nicht schaffen werden.

Die dargestellten Typen sind zwar in allen vier untersuchten Stadtteilen zu finden, aber nicht gleichmäßig verteilt. Die Menschen mit 'Armutskarrieren' konzentrieren sich in den Stadtteilen, die über Unterkunfts- und Betreuungseinrichtungen für Obdachlose verfügen und des Weiteren in Stadtteilen, in denen es einen größeren Anteil unsanierter Häuser mit dementsprechend niedrigen Mietpreisen gibt. Da die Sanierung in Leipzig in den vier untersuchten Stadtteilen nicht gänzlich abgeschlossen ist, sind Vertreter dieses Typs in den anderen Stadtteilen, wenn auch seltener anzutreffen. Auffallend ist, dass Studenten (,Temporär Einkommens'arme') vorrangig in die Gebiete ziehen, die ihnen bezahlbaren Wohnraum und eine soziale und kulturelle Infrastruktur bieten. Die ,Rentner mit teilweiser Altersarmut' finden sich in allen vier Stadtteilen gleichermaßen. Die ,insistierende Armut' (eine marginale Gruppe) fand unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen ihre Fortsetzung. Obdachlosigkeit wurde allerdings erst nach 1989 öffentlich sichtbar und zum Synonym für die Schattenseiten des neuen Gesellschaftssystems. Außerdem ist auf das Segment der ,prekären Beschäftigungsverhältnisse' zu verweisen, das in den offiziellen Statistiken nicht erfasst wird. Im Projekt städtische Armut wurde deutlich, dass bei anhaltender negativer Arbeitsmarktentwicklung aus diesem Segment künftig überdurchschnittlich viele Personen an bzw. über die Armutsgrenze gelangen werden.

3. Zum Aufbau und zur Implementierung einer kommunalen Sozialberichterstattung unter dem Leitbild sozialer Stadtentwicklung

In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung war die Veränderung der Lebenslagen der städtischen Bevölkerung kaum im Focus der Stadtpolitik, zu drängend waren andere Aufgaben und Probleme wie etwa der Aufbau einer kommunalen Selbstverwaltung. Leipzig verfolgte in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung eine Politik tertiärer Großprojekte, die auf die Sicherung und den Ausbau oberzentraler Funktionen zielte. Leipzig sollte wieder einen festen Platz im „Konzert der deutschen Städte“ bekommen und langfristig zu einer Dienstleistungsmetropole von europäischer Dimension etabliert werden. Dem dienten die Errichtung des neuen Messegeländes, der Ausbau von Flughafen und Hauptbahnhof sowie die Ansiedlung von Handels-, Güterverkehrs- und Logistikzentren. Die Kampagne „Leipzig kommt!“ begleitete dies als Standortmarketing, sie sollte die Stadt bekannt machen und ein positives Image vermitteln. Zur Verbesserung der Lebensqualität wurde in erster Linie auf die Sanierung des Altbaubestandes gesetzt und eine Reihe von Sanierungsgebieten förmlich festgelegt.

Mitte der 1990er Jahre wurde nicht nur das ganze Ausmaß der Deindustrialisierung deutlich, sondern auch klar, dass die Ausweitung des Dienstleistungssektors keine Kompensation für

den Arbeitsplatzabbau in der Industrie sein würde³. Neben den schon seit Anfang der 1990er Jahre verfolgten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen machte sich eine analytisch fundierte Neuausrichtung der Sozialpolitik erforderlich. In dieser Situation stieß der Antrag einer Fraktion des Stadtrats zur Erstellung eines Armutsberichts auf positive Resonanz⁴. Diesem Antrag folgend wurden die Stadtverwaltung beauftragt, ein Konzept auszuarbeiten und ein Gremium bestehend aus Vertretern der Fraktionen, der relevanten Ämter und der Wohlfahrtsverbände sowie Wissenschaftlern einberufen. Dieses Gremium hat nicht nur das Konzept erstellt, sondern als Arbeitsgruppe (AG) Lebenslagenreport (aus der später der Beirat Sozialberichterstattung und Soziale Stadtentwicklung hervorging) die Befragung vorbereitet und begleitet sowie die Ergebnisse, Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen diskutiert.

Von Anfang an zeigten sich recht unterschiedliche Ansprüche an die kommunale Sozialberichterstattung. Im Prozess der Erarbeitung des Berichts wurde deutlich, dass die freien Wohlfahrtsverbände die AG und die Erstellung des Lebenslagen-Reports vor allem nutzten, um ihre Problemsicht einzubringen, ihr Klientel als besonders wichtig herauszustellen sowie Einfluss auf die Definitionen zu bekommen. Die oppositionellen Fraktionen insbesondere die PDS verfolgten zwar zunächst die Skandalisierungsstrategie, brachten sich dann aber konstruktiv in den Analyse- und Diskussionsprozess ein. Die Berichterstattung war insofern wenig von (partei)politischen Diskussionen und Profilierungsbestrebungen geprägt. Die einzelnen Amtsleiter waren am stärksten an der Gewinnung von Daten interessiert, allerdings überwiegend aus ihrer jeweiligen ressort- bzw. bereichsspezifischen Perspektive. Die verwaltungsbezogenen Fragestellungen betrafen zum einen die Erfassung des Bedarfs der jeweiligen Klientele, zum anderen die Einschätzungen der sozialen Einrichtungen und Hilfsangebote. Die Vertreter der Wissenschaft waren hierbei in ihrer Funktion als Lieferanten von Definitionen, Konzepten und Methoden gefragt, sie wurden darüber hinaus in den Prozess der Moderation involviert. Hier war es nötig, eine möglichst neutrale bzw. objektive Sicht zu verteidigen sowie auf die ausgewogene Vertretung einzelner thematischer Bereiche und bestimmter sozialer Gruppen zu achten.

Der Lebenslagenreport selbst wird durch die konzeptionelle Klammer - das Lebenslagenkonzept - zusammengehalten, das die Grundlage für die Befragung von Betroffenen und sozialen Einrichtungen bildete. Die sozialpolitische Diskussion war im gesamten Prozess nicht von der Erstellung des Berichts zu trennen. Der Bericht ist einerseits davon geprägt, andererseits hat er der Sozialpolitik durch die Formulierung von Handlungsempfehlungen und die Diskussion eines sozialpolitischen Leitbilds Impulse gegeben. Die Ergebnisse der Studie und die sozialpolitischen Schlussfolgerungen wurden durch Fachtagungen und Bürgerforen an die interessierte Öffentlichkeit und Bürger vermittelt. Der Erfolg und das Funktionieren der AG waren vor allem durch die partizipative Ausrichtung des Gremiums und die moderierende Rolle des

³ Dessen ungeachtet wird, allerdings ohne PR-Kampagne, an dieser Strategie festgehalten, die mittlerweile durch Ansätze einer Re- bzw. Neoundustrialisierung, wie die Ansiedlungen von Porsche und BMW, unterstützt wird.

⁴ Zeitlich parallel dazu wurde der Sozialatlas fertiggestellt und unterbreitete das UFZ der Stadt Leipzig den Vorschlag, gemeinsam eine kommunale Sozialberichterstattung aufzubauen.

Dezernenten bedingt. Daneben war der breite kommunalpolitische Konsens entscheidend, der auch unter veränderten kommunalpolitischen Rahmenbedingungen (die CDU wurde in Leipzig bei den Kommunalwahlen 1999 stärkste Kraft) Bestand hatte. Darüber wurden auch die notwendigen Ressourcen bereitgestellt. Als günstig erwies sich außerdem, dass der Lebenslagenreport nicht einfach von der Kommune in Auftrag gegeben und von einem unabhängigen Institut abgearbeitet wurde. Vielmehr fungierte die Arbeitsgruppe als Arbeitsgremium und nicht als bloßer Beirat. Dadurch wurde die notwendige wissenschaftliche Unabhängigkeit gesichert und gleichzeitig die politische Verbindlichkeit gewährleistet. Die Arbeitsgruppe wirkte als eine Art „Brückeninstanz“ (Bartelheimer) zu unterschiedlichen Akteuren (Politik, Verwaltung, Wohlfahrtsverbände, intermediäre Einrichtungen) und sicherte den Wissenstransfer wie die Herstellung von Legitimation.

In der Zusammenfassung des Reports werden die Probleme verschiedener Lebenslagen herausgearbeitet und das Potenzial einkommensschwacher Personen abgeschätzt. Als gravierendstes soziales Problem wird – wie in allen Städten insbesondere in den neuen Bundesländern – die Arbeitslosigkeit identifiziert. In Leipzig pegelte sich in den letzten Jahren die Zahl der Arbeitslosen auf rund 40.000 und die Quote auf ca. 18% ein. Dabei muss jedoch von einer höheren Quote von ca. 25% ausgegangen werden. Hingewiesen wird auf die Probleme der Jugend- und der Langzeitarbeitslosigkeit. Als bekämpfte Armut wird der Sozialhilfebezug (Hilfe zum Lebensunterhalt) gefasst, der bis Ende der 1990er Jahre stark gestiegen ist und etwa 18.000 Personen umfasst⁵. Als besonderes Problem wird die Kinderarmut benannt. Durch den konstant hohen Anteil von Alleinerziehenden (etwa ein Drittel) macht der Anteil von Kindern und Jugendlichen (bis 18 Jahre) über 40% der Sozialhilfeempfänger aus. Der Wohngeldempfang und die Beschäftigungsförderung wurden als Indikatoren für die Abschätzung des prekären Wohlstands zugrundegelegt. Seit Mitte der 1990er Jahre pendelt die Zahl der Wohngeldempfänger zwischen 20.000 und 22.000⁶, wovon ein Drittel (etwa 7.000 – 10.000) aufgrund ihres geringen Einkommens vom Absinken in die Sozialhilfebedürftigkeit bedroht sind. Durchschnittlich 7.000 Personen waren in den letzten Jahren allein im Bereich der kommunalen Arbeitsförderung beschäftigt, davon ca. 2.000 Sozialhilfeempfänger. Schließlich ergaben die Ergebnisse der Betroffenenbefragung, dass zwischen 7% und 10% der Befragten glauben, Anspruch auf Sozialhilfe zu haben, diesen jedoch aus verschiedenen Gründen nicht wahrnehmen. Experten wiesen darauf hin, dass sich dies nicht auf die Inanspruchnahme von Sozialhilfe beschränkt, sondern sich auch auf Arbeitslosengeld und –hilfe, Kinder- sowie Wohngeld bezieht. Aus den Angaben der Arbeitsmarktstatistik, der Berechnung von Äquivalenzeinkommen in den Bürgerumfragen und unter Hinzuziehung eines zusätzlichen Schätzpotentials („verdeckte Armut“, „prekärer Wohlstand“) wurde für Leipzig ein Potenzial einkommensschwacher Personen von 80.000 bestimmt.

⁵ Nach der aktuellen Zahl von 2001 beziehen ca. 22.000 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt (Angabe des Sozialamts der Stadt Leipzig).

⁶ Hier beträgt die neueste Zahl ca. 25.000 Haushalte, die Wohngeld erhalten (Angabe des Sozialamts der Stadt Leipzig für 2001).

In sozialräumlicher Hinsicht wird im Lebenslagenreport auf sich verstärkende und kleinräumig konzentrierende Austauschprozesse in den hochverdichteten Teilen des Großneubaugebietes Grünau hingewiesen. Die Bewohnerstruktur werde durch den Wegzug von einkommensstärkeren Familien mit Kindern und den Zuzug von einkommens- und sozial schwächeren Gruppen verändert (Stadt Leipzig 1999, S. 343 ff.). In Teilen der gründerzeitlichen Arbeiterviertel seien Marginalisierungsprozesse zu beobachten, vorwiegend Straßenabschnitte und Gebiete, in denen das Sanierungsdefizit bislang kaum abgebaut worden sei, würden Gefahr laufen baulich zu verfallen und sozial marginalisiert zu werden. Zwar könne von sozialen Brennpunkten im Sinne einer "räumlichen Konzentration sozialer Probleme (wie Kriminalität und negativ abweichender Verhaltensauffälligkeiten)" bislang kaum die Rede sein, es ließen sich jedoch Ansätze von Armutskonzentrationen bzw. Konzentrationen sozial Benachteiligter erkennen.

Sozialpolitisches Ergebnis des Lebenslagenreports und der Arbeitsgruppe sind die kurz- und mittelfristigen Handlungsempfehlungen, die auf die verstärkte Kooperation von Verwaltungseinheiten, insbesondere der stadtplanungs- und sozialbezogenen, präventiven Strategien und die Verbesserung der Datengrundlagen abstellen. Seit dem Vorliegen des Lebenslagenreports werden in der Arbeitsgruppe Grundsätze der Sozialpolitik in Leipzig diskutiert und teilweise in den Fraktionen und Ausschüssen beraten. Eine zentrale Aussage ist dabei die programmatische Formulierung, dass „soziale Kommunalpolitik“ mehr sein solle als „kommunale Sozialpolitik“. Die Stadt Leipzig solle nach dieser Vorstellung soziale Kommunalpolitik als ganzheitliche Lebenslagenpolitik vertreten, die die Bereiche Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftspolitik, Stadtplanung bzw. Stadtentwicklung, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Kultur, Freizeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einschließen. Ziel der Sozialpolitik solle die umfassende und zielgerichtete Unterstützung für sozial benachteiligte Gruppen, die Sicherung des sozialen Gleichgewichts sowie die Ausrichtung kommunaler Sozialpolitik auf besonders benachteiligte Zielgruppen sein. Im weiteren wurde in diese Grundsatzdiskussion die Förderung präventiver Ansätze, der Selbsthilfeorientierung und des bürgerschaftlichen Engagements aufgenommen.

In der Sozialpolitik und Sozialarbeit wird die Entwicklung neuer Instrumente und Kooperationsformen für notwendig erachtet, in der Sozialarbeit und sozialraumbezogenen Kommunalpolitik sollte ein Paradigmenwechsel erfolgen und Sozialberichterstattung und Sozialplanung fest etabliert werden. Soziale Zielgruppen bzw. sozialräumlich ausgerichtete Armutsbekämpfung seien grundlegend für die Umsetzung dieser Aufgaben und auf der kommunalen Ebene zu bündeln.

Als grundlegende Herausforderung wird die soziale Abwärtsentwicklung in gefährdeten Stadtteilen und eine Polarisierung städtischer Lebensbedingungen begriffen. Dem gelte es entgegenzuwirken. Im Zuge der anvisierten verstärkten Verbindung einzelner Politikfelder sollten daher Wirkungsanalysen, Erfolgskontrollen und Evaluationen mehr Gewicht erhalten. Es wird als notwendig erachtet, daß die Stadt Leipzig Evaluierungsinstrumente einsetzt und eine kontinuierliche Berichterstattung sichert.

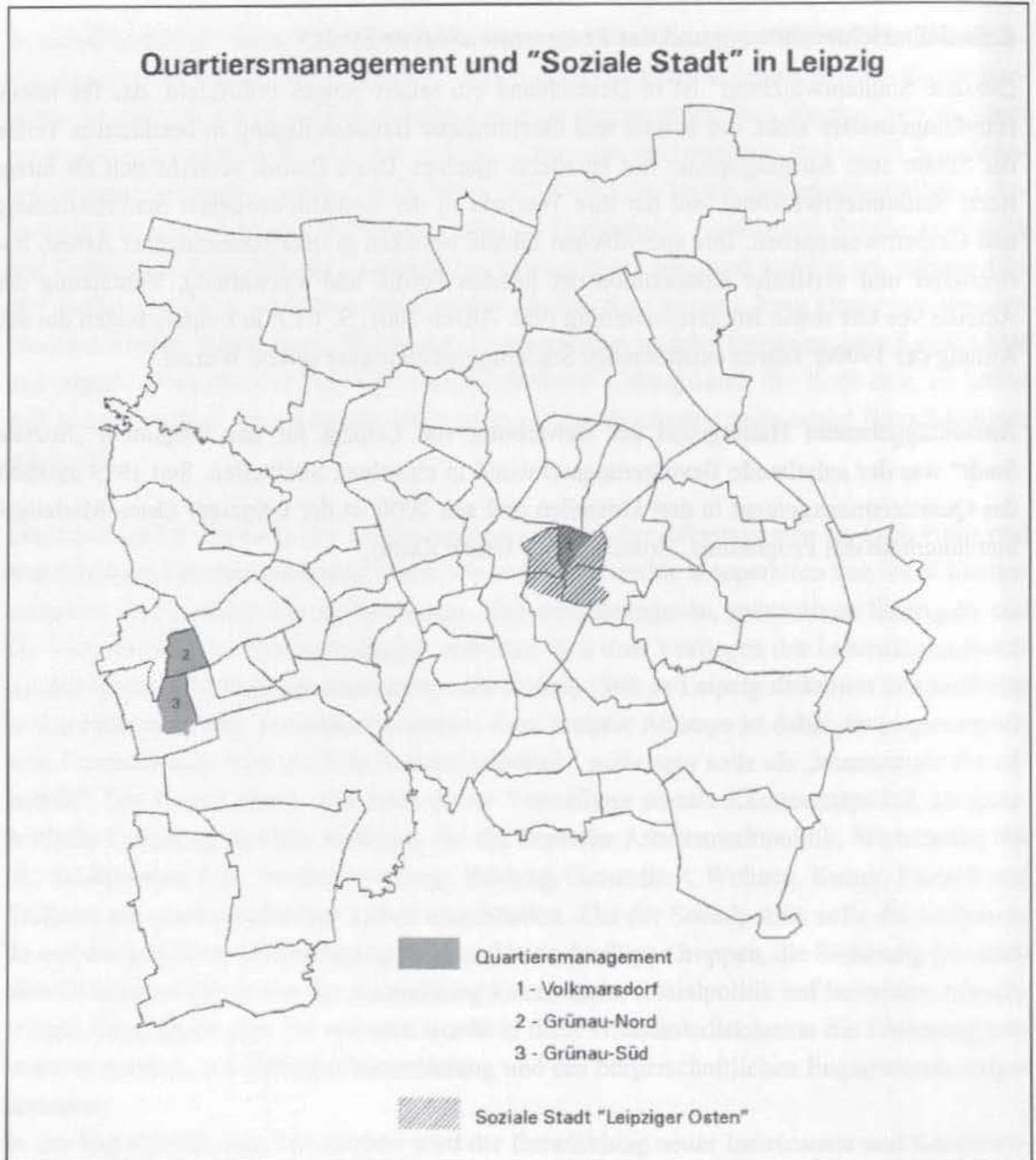
4. Sozialberichterstattung und das Programm „Soziale Stadt“

„Soziale Stadtentwicklung“ ist in Deutschland ein relativ junges Politikfeld, das für lokale Handlungsansätze steht, die soziale und ökonomische Benachteiligung in bestimmten Teilen der Städte zum Ausgangspunkt des Handelns machen. Diese Politik versteht sich als integrierte Stadtteilentwicklung und hat ihre Wurzeln in der stadtteilbezogenen Stadterneuerung und Gemeinwesenarbeit. Ihre spezifischen Inhalte bestehen in quartiersbezogener Arbeit, horizontaler und vertikaler Kooperation der lokalen Politik und Verwaltung, Vernetzung der Akteure vor Ort sowie Bürgeraktivierung (vgl. Alisch 2001, S. 1 f.). In Leipzig bilden die seit Anfang der 1990er Jahren existierenden Sanierungsgebiete eine solche Wurzel.

Ausschlaggebender Hintergrund der Bewerbung von Leipzig für das Programm „Soziale Stadt“ war der anhaltende Bevölkerungsschwund in einzelnen Stadtteilen. Seit 1999 existiert das Quartiersmanagement in drei Ortsteilen und seit 2000 ist der Leipziger Osten Modellgebiet innerhalb des Programms „Soziale Stadt“ (siehe Karte).



Quartiersmanagement und "Soziale Stadt" in Leipzig



Damit werden zum einen gebietsbezogene Ziele verfolgt, die sich im Kern auf die Stabilisierung der sozialen Situation und die Verbesserung der Lebensqualität in den ausgewählten Quartieren beziehen: den Bevölkerungsschwund zu stoppen, die Quartiere für die ansässige Bevölkerung attraktiv und lebenswert zu machen, die Wirtschafts-, Dienstleistungs- und soziale Infrastruktur in den Vierteln zu stabilisieren bzw. zu verbessern und den lokalen Arbeitsmarkt für die ansässige Bevölkerung zu öffnen bzw. zu aktivieren (vgl. Stadt Leipzig 2001, S. 13 f.). Es wird nicht angestrebt, für Zuzug in größerem Umfang zu sorgen, vielmehr soll die ansässige Bevölkerung gehalten werden. Wesentliche Mittel sind die Aktivierung der Bürger über öffentliche Foren und die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren wie Vereinen und Initiativen. Zum anderen werden strukturbezogene Ziele angestrebt, wobei die ressortübergreifen

de Vernetzung und die Verknüpfung unterschiedlicher Handlungsebenen seit Beginn der Arbeit im Mittelpunkt stehen.

Bei der Auswahl und Vorbereitung des Programmgebiets „Soziale Stadt“ wurden Interviews mit den Mitarbeiterinnen des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) durchgeführt, um Erkenntnisse über ihre hauptsächlichen Einsatzgebiete und die jeweiligen sozialen Problemlagen zu erlangen. Daraus wurde eine Karte erstellt, wo die Gebiete eingezeichnet sind. Man war sich allerdings bewusst, dass dies eine stark subjektive Einfärbung hat und keine „saubere“ Methode darstellt. Zusätzlich wurde vom UFZ für das Programmgebiet eine Erfassung der sozialen Infrastruktur vorgenommen (Huber 2000). Beides geschah allerdings ohne systematischen Zusammenhang mit dem Lebenslagen-Report bzw. einem gesamtstädtischen Berichtssystem. In ähnlicher Weise erfolgte die Vorbereitung des Quartiersmanagements im Leipziger Osten sowie in Grünau-Mitte, wo eine vorbereitende Untersuchung durchgeführt wurde, die sich an den für Sanierungsgebiete üblichen Standards orientierte. Demgegenüber beruhte die Schaffung des Quartiersmanagements in Grünau-Süd kaum auf der Analyse sozialer Indikatoren, vielmehr wurde von bestimmten Merkmalen, wie der Randlage, der baulichen Verdichtung und von einer vermuteten ungünstigen sozialen Mischung davon ausgegangen, dass sich dieses Quartier zum sozialen Brennpunkt entwickeln kann.

Die jeweils jährlich erfolgende Verlängerung des Quartiersmanagements lässt kaum eine längerfristige Planung bzw. die Verfolgung strategischer Ziele zu. Der Einsatz von Sozialberichterstattung erscheint daher auch kaum sinnvoll. Infolgedessen sind die Effekte der Maßnahmen nur grob einschätzbar, sie lassen sich nicht an festgelegten Indikatoren quantifizieren.

Auch daran zeigt sich, dass sich die Versuche, Ergebnisse der Sozialberichterstattung, insbesondere sozialräumliche Daten, in das Programm „Soziale Stadtentwicklung“ sowie das Quartiersmanagement einzubeziehen, schwierig gestalten. Die Sozialberichterstattung hat bislang auf den Prozess der sozialen Stadtentwicklung allenfalls indirekten Einfluss, etwa über die Identifizierung von Problemlagen. Die gesamtstädtisch orientierte Sozialberichterstattung vermag das Quartiers- bzw. Stadtteilmanagement kaum wirksam zu unterstützen. Ein Problem besteht in der Ausdifferenzierung der Sozialberichterstattung in integrative Berichte mit gesamtstädtischer Perspektive einerseits und spezielle Berichte über bestimmte Problembereiche oder Stadtteile sowie einzelne soziale Gruppen andererseits. Zudem fehlt ein System einheitlicher Indikatoren und Kenngrößen sowie eine Vereinheitlichung der kleinräumlichen Berichterstattung. Die vorbereitenden Untersuchungen sind freiwillige Leistungen, aber keine regelmäßigen Evaluationen. Sie lassen sich daher kaum in die gesamtstädtische Entwicklung einordnen bzw. gestatten nur grobe Vergleiche mit anderen Stadtteilen. Außerdem fehlt es bislang an einer Institution, die die unterschiedlichen Formen der Berichterstattung koordiniert. Mit dieser Aufgabe ist ein Gremium wie der Beirat Sozialberichterstattung/Soziale Stadtentwicklung eindeutig überlastet.

Generell sind die Anforderungen, die von der sozialen Stadtentwicklung ausgehen, anspruchsvoll. Sie bestehen vor allem in der Notwendigkeit einer integrativen Perspektive auf

die Entwicklung von Stadtteilen. Es geht dabei nicht mehr nur um klassische Sozialdaten bzw. im weiteren wohnungsbezogene Daten, sondern auch um solche zum Gewerbe, zum Arbeitsplatzangebot, zur sozialen Infrastruktur, zu endogenen Potenzialen bzw. Netzwerkstrukturen sowie zur sozialen Integration (Nachbarschaften, Milieus). Das weitet den Bedarf an Daten enorm aus, ohne dass es Ressourcen gibt, ihn abzudecken. Es mangelt diesbezüglich vor allem an verfügbaren aktuellen Daten auf einer sehr kleinräumigen Ebene (Straßenzüge, Blöcke), die kaum mit administrativen Grenzen zusammenfallen. Für diese wird laufend Bedarf generiert, da die Anträge für Projekte innerhalb der Programme darauf angewiesen sind und im Verlauf der Projektabwicklung Berichterstattungen erfolgen müssen, die dies benötigen. Damit verändert sich auch der Kreis der Nutzer und Kooperationspartner, es sind nun nicht mehr (wenige) Dezernate und Ämter, sondern (eine Vielzahl) intermediärer Einrichtungen, wie Träger der freien Wohlfahrtspflege, Planungsbüros, Vereine und Initiativen und nachgeordnete Einrichtungen, mit ganz unterschiedlichen Anforderungen und Interessen.

Die kommunale Sozialberichterstattung ist vor allem auch gefordert, bei der Formulierung von Zielen notwendige Entscheidungsgrundlagen zu liefern. Dabei geht es nicht mehr nur um die klassische Frage, wie man die soziale Mischung erhalten und Segregation verhindern kann. Vielmehr stellen sich folgende Fragen: Was benötigt ein Stadtteil, um zu funktionieren? Welche infrastrukturelle Ausstattung ist unerlässlich? Woran lässt sich die Desintegration eines Quartiers bzw. Stadtteils festmachen? Hier stößt man allerdings auch auf die bisherigen Grenzen der Sozialberichterstattung. Diese bewegt sich überwiegend auf der Ebene sozialer Strukturen, von der Strukturebene lässt sich jedoch nicht auf die Beziehungs- und Handlungsebene schließen. Es müssen folglich Formen entwickelt werden, wie diesbezüglich Erkenntnisse gewonnen und mit der Sozialberichterstattung verknüpft werden können. Darüber hinaus sind Ansätze und Konzepte zu einer ganzheitlichen Entwicklung von Stadtteilen gefordert. Wie lassen sich dazu die klassischen sozialpolitischen und stadtplanerischen Mittel mit wirtschafts- und arbeitspolitischen Instrumente kombinieren?

5. Fazit: Sozialberichterstattung auf dem Weg von der Analyse zur Problemlösung?

Konfrontiert man die Befunde der sozialräumlichen Analysen mit denen der gesamtstädtischen Berichterstattung, so findet das beachtliche Potenzial von Armut und prekärem Wohlstand bislang keine klare räumliche Entsprechung in Konzentrationen bzw. „sozialen Brennpunkten“.

Der Sozialatlas der Stadt Leipzig erbrachte diesbezüglich ein sich abzeichnendes großräumiges Muster und zeigte, dass in den „Gründerzeitlichen Arbeitervierteln mit verdichteter, einfacher Wohnbebauung“ sowie in Teilen der „Hochverdichteten Großneubaugebiete mit gemischter Bewohnerstruktur“ sich Probleme kumulieren. Dies wird mit dem „Hysteresis-Effekt“ (Bourdieu), der zeitlichen Verzögerung räumlicher in Bezug zu sozialen Veränderungen, sowie mit der Überlagerung unterschiedlicher sozialräumlicher Muster erklärt.

Die Untersuchung städtischer Armut macht deutlich, dass diese sich noch über das gesamte Stadtgebiet verteilt, wenn auch nicht gleichmäßig. Als zentraler Grund dafür wird die Existenz einer großen Anzahl un- und teilsanierter Wohnungen in praktisch allen Wohnlagen bzw. Stadtteilen infolge des Sanierungsdefizits gesehen.

Die Stadtteil-Untersuchungen schließlich zeigen, dass es kleinräumige Muster und ein enges Nebeneinander von Armut und (relativem) Wohlstand gibt. Ihr Befund ist, dass sich in den Gründerzeitbeständen Umschichtungsprozesse vollziehen und innerstädtische Plattenbauten einem sozialen Filtering Down-Prozess unterworfen sind. Daraus wurde der Schluss gezogen, dass sich infolge des enormen Leerstands und der hohen Umzugsmobilität einzelne Gebiete und Quartiere rasch wandeln können.

Dieser Problemlagen ist man sich auch in der Kommune bewusst geworden. So wird im Stadtentwicklungsplan auf eine deutliche Überlagerung von Konzentrationen von Arbeitslosigkeit, Wohngeldempfängern und politischer Desintegration sowie baulichen Problemen im Osten und Westen des gründerzeitlichen Gürtels hingewiesen. Gleichzeitig wird auf die Entkopplung der sozialen von der baulichen Entwicklung verwiesen, so könnten auch innerhalb baulich konsolidierter Blöcke sozial instabile Strukturen anzutreffen sein und umgekehrt. Daraus wird die Notwendigkeit abgeleitet, ein verstärktes Monitoring der Gebietsentwicklung aufzubauen, um frühzeitig bei möglichen Destabilisierungstendenzen reagieren zu können (Stadt Leipzig 2000a, S. 75 f.).

Wie man sieht, hat sich die kommunale Sozialberichterstattung in Leipzig umfassend den sozialen Problemlagen zugewandt. Man kann den bisherigen Weg der Leipziger Sozialberichterstattung als relativ erfolgreich kennzeichnen, gerade auch angesichts der Probleme in anderen Städten – wie etwa in Frankfurt/M. oder in Merseburg – wo die Kommunalparlamente die Sozialberichte nicht akzeptierten (vgl. Schütte 1998, S. 93; Bartelheimer 2001, S. 270 f.). Entscheidend für den Leipziger Erfolg war zweifellos die Arbeitsgruppe, die unter dem Vorsitz des nunmehr ehemaligen Sozialdezernenten bestehend aus Amtsleitern, Fraktionsvertretern, Vertretern der Wohlfahrtsverbände sowie der Wissenschaft arbeitet. Dieses Gremium ist sehr partizipativ angelegt und dadurch relativ unabhängig von politischen Wechselfällen. Des weiteren gelang es, die Sozialberichterstattung in einen konsensualen politischen Prozess einzubetten. Die Stadtratsbeschlüsse zur Sozialberichterstattung wurden jeweils intensiv diskutiert und von breiten Mehrheiten innerhalb der Fraktionen des Stadtrats getragen.

Bilanziert man die Entwicklung der vergangenen Jahre, dann können folgende Leistungen der Sozialberichterstattung in Leipzig hervorgehoben werden:

- Es wurde – in verschiedenen Studien und Berichten - gezeigt, dass trotz der wachstumsorientierten Stadtpolitik soziale Problemlagen existieren, diese wurden stärker in den politischen Focus gerückt.

- Die Beteiligten konnten miteinander ins Gespräch gebracht und ein ständiges Diskussionsforum etabliert sowie über Fachtagungen und Bürgerforen Öffentlichkeit hergestellt werden.
- Der Lebenslagenreport und die AG Lebenslagenreport bzw. der Beirat Sozialberichterstattung/Soziale Stadtentwicklung haben der kommunalen Sozialpolitik in Leipzig Impulse gegeben, etwa durch die Diskussion von Grundsätzen der Sozialpolitik.
- Die Etablierung einer kommunalen Sozialberichterstattung wurde mit dem Stadtratsbeschluss politisch festgeschrieben.

Auf diesen Leistungen kann bei der Lösung der anstehenden Aufgaben aufgebaut werden. Hierzu zählen insbesondere die Umsetzung der kurzfristigen Handlungsempfehlungen, die Implementation der langfristig angelegten Präventionsstrategie sowie die Weiterführung und Institutionalisierung der Sozialberichterstattung. Wichtig ist dabei die Zusammenführung der unterschiedlichen Berichtsformen sowie ihre Systematisierung und Ausrichtung auf das Leitbild sozialer Stadtentwicklung bzw. auch auf das einer nachhaltigen Entwicklung. Von der Sozialberichterstattung konnten zwar Anstöße zum Aufbau eines Quartiersmanagements und zur Beteiligung am Programm „Soziale Stadt“ gegeben sowie Einfluss auf die Auswahl der Gebiete genommen werden, sie ist aber noch weit entfernt vom Ziel der Steuerung und Evaluierung sozialer Stadtentwicklung. Dazu muss die Sozialberichterstattung langfristig zu einem Instrument der Evaluierung der kommunalen Sozialpolitik sowie der einzelnen Elemente der sozialen Stadtentwicklung (Stadtteil- und Quartiersmanagement, Sanierungsgebiete) ausgestaltet werden. Erst dann ist die Sozialberichterstattung als Instrument kommunaler Sozialpolitik fest etabliert. Hiervon dürften wiederum Impulse für die theoretische und konzeptionelle Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung selbst zu erwarten sein. Ihre Einbettung in den Prozess sozialer Stadtentwicklung liegt somit in ihrem ureigenen Interesse.

Literatur

ALISCH, M. 2001: Das Politikfeld soziale Stadtentwicklung – Kausalitäten und Widersprüche. Ms., Hamburg.

BARTELHEIMER, P. 2001: Sozialberichterstattung für die >>Soziale Stadt<<. Methodische Probleme und politische Möglichkeiten, Frankfurt am Main.

CHASSÉ, K. 1998: Sozialberichterstattung und Armutsforschung in den neuen Bundesländern – Perspektiven und Dimensionen. In: LUTZ, R. u. M. ZENG (Hrsg.): Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Opladen, S. 131-151.

DOEHLER, M. u. D. RINK 1996: Stadtentwicklung in Leipzig: Zwischen Verfall und Deindustrialisierung, Sanierung und tertiären Großprojekten. In: HÄUBERMANN, H. u. R. Neef

(Hrsg.): Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale und räumliche Tendenzen. Opladen, S. 263-286.

FRANZ, P. 2000: Soziale Ungleichheit und Stadtentwicklung in ostdeutschen Städten. In: HARTH, A., G. SCHELLER u. W. TESSIN (Hrsg.) 2000: Stadt und soziale Ungleichheit. Opladen, S. 160-173.

FRIEDRICHS, J. u. H. HÄUBERMANN 2001: Die Entwicklung der Städte in den neuen Bundesländern. In: BERTRAM, H. u. R. KOLLMORGEN (Hrsg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Opladen, S. 315-339.

HANNEMANN, C., S. KABISCH u. C. WEISKE 2002: "Neue Länder - Neue Sitten?" Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands. Berlin.

HARTH, A., U. HERLYN u. G. SCHELLER 1998: Soziale Segregation in ostdeutschen Großstädten. Opladen.

HARTH, A., U. HERLYN u. G. SCHELLER 1999: Soziale Segregation in ostdeutschen Großstädten. Bisherige und zukünftige Entwicklungstrends. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/1999, S. 38-46.

HUBER, K. 2000: Bestandsanalyse der sozialen Infrastruktur im Fördergebiet Leipziger Osten „Soziale Stadt“, Ms., UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH.

KABISCH, S. 2000: Integrierte Berichterstattung zur nachhaltigen Stadtentwicklung - Erfahrungen am Beispiel des Sozialatlas der Stadt Leipzig. In: HANSJÜRGENS, B. (Hrsg.): Regionale Umweltberichterstattung unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung. Marburg, S. 253-271.

KABISCH, S. u. A. BAMBERG 1998: Interdependenzen von gebauter, sozialer und natürlicher Umwelt und deren Einfluss auf Wohnzufriedenheit und Sesshaftigkeit. Leipzig: UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, UFZ-Bericht 9/1998.

KABISCH, S., A. KINDLER u. D. RINK 1997: Sozialatlas der Stadt Leipzig. UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Leipzig.

LUTZ, R. u. M. ZENG (Hrsg.) 1998: Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Opladen.

RICHTER, J. 2000: Städtische Armut in Leipzig. Analyse und Bewertung sozialer, ökonomischer und ökologischer Einflußfaktoren. UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH. UFZ-Bericht 27.

RINK, D. 1997: Skizze zur Segregation in Großstädten der DDR bzw. in Ostdeutschland. In: KABISCH, S., A. KINDLER u. D. RINK: Sozialatlas der Stadt Leipzig. UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Leipzig, S. 25-46.

RINK, D. u. S. KABISCH 1997: Typen sozialer Räume in der Stadt Leipzig. In: KABISCH, S., A. KINDLER u. D. RINK: Sozialatlas der Stadt Leipzig. UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Leipzig, S. 60-78.

SCHÜTTE, W. 1998: Sozialberichterstattung: Barrieren, Chancen, Risiken und Anforderungen. In: ALISCH, M. (Hrsg.): Stadtteilmanagement – Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen, S. 89 – 110.

STADT LEIPZIG 1999: Lebenslagenreport Leipzig. Bericht zur Entwicklung sozialer Strukturen und Lebenslagen in Leipzig. Leipzig.

STADT LEIPZIG (Hrsg.) 2000: Kinder- und Familienbericht der Stadt Leipzig. Leipzig.

STADT LEIPZIG 2000a: Dezernat Planung und Bau: Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung. Beiträge zur Stadterneuerung 30. Leipzig.

STADT LEIPZIG 2001: Soziale Stadt. Leipziger Osten. Leipzig.

WIEST, K. 2001: Leipzig, zwischen Segregation und Integration. In: Geographische Rundschau, H. 3, S. 10-16.

WINKLER, G. 1998: Sozialreport – Neue Bundesländer. In: LUTZ, R. u. M. ZENG (Hrsg.): Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Opladen, S. 188-205.

WINKLER, G. u.a. (Hrsg.) 1999: Sozialreport 1999. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin.



UFZ-Bericht

UMWELTFORSCHUNGSZENTRUM LEIPZIG-HALLE GMBH

Nr. 18/2002

Kommunale Sozialberichterstattung

Sigrun Kabisch¹ und Annegret Kindler² (Hrsg.)

UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH

¹Sektion Ökonomie, Soziologie und Recht

²Sektion Angewandte Landschaftsökologie

RS

02

1535 MA

ISSN 0948-9452

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ)



00408790